

Anleitung zur Selbstdemontage

Die Schweizer Verlage starten den Abstimmungskampf um ihr Mediengesetz mit einem Fiasko.



Als im letzten Januar die Unterschriften beisammen waren, war das für die *Aargauer Zeitung* und ihre zwanzig Schwesterblätter von *Luzerner Zeitung* bis *St. Galler Tagblatt* eine selbstverständliche News. «Referendum gegen das Terrorgesetz kommt zustande», schrieben sie.

Als im letzten April die Unterschriften beisammen waren, war das für den *Tages-Anzeiger* und seine zehn Schwesterblätter von *Berner Zeitung* bis *Basler Zeitung* eine selbstverständliche News. «Referendum gegen «Ehe für alle» zustande gekommen», schrieben sie.

Als im letzten August die Unterschriften beisammen waren, war das für die Blick-Gruppe eine selbstverständliche News. «Referendum gegen Covid-19-Gesetz kommt zustande», schrieb sie.

Letzte Woche nun, im September, kam auch das Referendum gegen das Mediengesetz zustande. Und was schrieben diesmal all unsere Blätter am nächsten Tag?

Sie schrieben kein einziges Wort.

Unglaublich, aber wahr. Alle Schweizer Zeitungen schwiegen das gelungene Referendum gegen das neue Mediengesetz tot. Keine Zeile, nirgendwo. Selbst die NZZ, sonst eine verlässliche Chronistin, blieb stumm wie ein Grab.

Auch auf der Schweizer Depeschagentur staunten sie. Die News-Agentur lieferte in ihrem deutschsprachigen Dienst die Meldung wie üblich ab («Referendum gegen Medienförderung zustande gekommen»). Die Abdruckquote war null.

Das hat es in der Referendumsdemokratie wie in der Mediengeschichte noch nie gegeben. Ein politischer Prozess, der in fünf Monaten zu einer

Volksabstimmung führen wird, wird von der gesamten Presse tabuisiert. Es ist ein einzigartiges Versagen des Schweizer Journalismus und der Schweizer Verlagskultur.

Ich glaube nicht an Verschwörungstheorien. Aber es ist seltsam. Auf allen grossen Zeitungsredaktionen des Landes werden zugleich alle Journalisten von der Erkenntnis heimgesucht, dass ein erfolgreiches Referendum eine No-News ist. Die kollektive Erkenntnis ereilt sie, obschon

*Unglaublich, aber wahr:
Alle Schweizer Zeitungen schwiegen
das gelungene Referendum tot.*

sie zuvor bei anderen gelungenen Referenden, von Terrorgesetz bis Covid, immer darüber berichtet haben. Da braucht es viel Gottvertrauen, um unkoordinierten Zufall zu vermuten.

Klar, die publizistische Pleite hat natürlich eigennützige Ursachen. Das neue Mediengesetz, in der Sommersession beschlossen, schüttet gegen 130 Millionen Franken an zusätzlichen Subventionen über die Branche aus.

Der heikle Punkt daran ist, dass mindestens die Hälfte der Subventionen an die vier grossen Verlagshäuser TX Group, CH Media, Ringier und NZZ-Gruppe fliessen. Doch die Big Four haben selbst in Corona-Zeiten Hunderte von Millionen an operativem Jahresgewinn eingefahren. Sie wollen dennoch unbedingt an die Staatsgelder ran.

Das Dümme, was man in dieser doppelbödigen Situation tun kann, ist eine Selbstdemontage. Selbstdemontagen gelingen stets

dann, wenn das eigene Handeln mit der eigenen Lehre krass kollidiert.

Indem sie die Opposition gegen ihren Finanzsegen tabuisierten und das geglückte Referendum verschwiegen, haben sich die Verlagshäuser genau in diese ambivalente Rolle verstrickt. Sie haben gezeigt, dass sie ihre Verantwortung für die Öffentlichkeit, die sie sonst so gerne beschwören, sehr situativ und selbstbezogen interpretieren.

Die Medienhäuser haben den Abstimmungskampf um ihr Mediengesetz dadurch mit einer Bruchlandung gestartet. Es dürfte an der Urne zu ihrem Fiasko werden.

Stellen Sie sich vor, Verleger-Präsident Pietro Supino von TX Group sitzt vor der Abstimmung auf einem Podium und sagt mit Brustton: «Die Demokratie braucht gut informierte Bürger.» Die Antwort wird sein: «So, so, und darum haben Sie beim Referendum zum Mediengesetz die Bürger bewusst nicht informiert.»

Oder stellen Sie sich vor, Verleger-Vizepräsident Peter Wanner von CH Media steht vor der Abstimmung in der TV-«Arena» und sagt mit Brustton: «Unser Land braucht unabhängige Medien.» Die Antwort wird sein: «So, so, und darum gab es beim Referendum zum Mediengesetz keine einzige unabhängige Zeitung.»

Vor zwei Monaten habe ich in dieser Kolumne geschrieben: «Ich glaube, die staatlichen Subventionen für die Medien gehen in der Volksabstimmung bachab.»

Ich habe nach diesem neusten Verleger-Flop meine Meinung etwas geändert. Ich glaube, die staatlichen Subventionen für die Medien gehen in der Volksabstimmung rauschend bachab.